

Backnanger Kreiszeitung

Murrta-Bote  Backnanger Tagblatt
Amtliches Bekanntmachungsblatt für den Rems-Murr-Kreis und die Große Kreisstadt Backnang

Nummer 255

Donnerstag, 4. November 2021

www.bkz.de · € 2,20 E 1445 A

Lokales

Stadt und Kreis

22 | Straßen in gutem Zustand

Die Straßen in Backnang sind offensichtlich in besserem Zustand, als ihnen nachgesagt wird. Das ist das Ergebnis einer Befahrung mit einer neuen Software, die die Fahrbahnoberfläche erfasst. Demnach besteht nur bei drei Prozent akuter Handlungsbedarf.



Foto: A. Becher

23 | Juxkopfturm wird saniert

Sowohl die Außenverschalung wie auch das Innenleben des Juxkopfturms in Spiegelberg müssen erneuert werden. Mehr als 100000 Euro kostet das Vorhaben den Schwäbischen Albverein.

25 | Ökosystem Murr

Die Hegegemeinschaft Einzugsgebiet Murr möchte den Fluss parallel zum Hochwasserschutz wieder naturnaher gestalten. So haben die Mitglieder nicht nur beim Cleanup Day Müll eingesammelt, sondern es ist geplant, 40000 Forellen auszusetzen und die Durchlässigkeit für die Fische zu erhöhen.

Rems-Murr-Sport



Foto: A. Becher

11 | Analyse bei Großaspach

Den Absturz des Fußball-Regionalligisten SG Sonnenhof Großaspach auf den fünftletzten Tabellenplatz analysiert Vorstandsmittglied Michael Ferber. Besonders das 0:6-Debakel in Elversberg wirkt nach.

Ihr direkter Draht zu uns

- Anzeigen 0 71 91 / 808-114
anzeigen@bkz.de
- Vertrieb 0 71 91 / 808-138
leserservice@bkz.de
- Redaktion 0 71 91 / 808-170
redaktion@bkz.de

4 | Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
		
15959,98 Pkt. + 5,53 Pkt.	4309,61 Pkt. + 13,39 Pkt.	1,1573 Dollar - 0,25 Cent

19 | Wetter



Mittags 7° | Nachts 5°
Bedeckt mit Regen, der im Tagesverlauf nachlässt



4 194218 302202



Foto: A. Becher

Trails werden legalisiert

Im Backnanger Plattenwald können Mountainbiker bald legal auf bestimmten Wegen fahren, mehr Trails in der Region werden angelegt.

Seite 21

Land prüft zentrale Entscheide über Ausbau der Windkraft

Die Landesregierung will den Ausbau von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien beschleunigen. Das kann sich auf die Mitspracherechte der Bürger vor allem auf kommunaler Ebene auswirken.

VON RENATE ALLGÖWER

STUTTGART. Über die Aufstellung von Windrädern sollte es Bürgerentscheide nur auf Landesebene geben, meint Barbara Bosch, die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung. Sie sagte unserer Zeitung: „Wir prüfen, grundsätzliche Fragestellungen, die von nationaler Bedeutung sind, nicht mehr der Gemeinschaft vor Ort zu überlassen, sondern sie auf Landesebene zu verorten.“

Das könnte die Genehmigungsverfahren erheblich beschleunigen und wäre, so Bosch, bei den umstrittenen Windenergieanlagen ganz im Sinne der Bürgermeister. „Die Bürgermeister sagen uns, dass sie nicht jedes Mal vor Ort über Grundsatzfragen debattieren wollen. Das ist ein berechtigtes Anliegen“, erklärte sie.

Zurzeit dauert es bis zu sieben Jahre, bis in Baden-Württemberg ein Windrad aufgestellt werden kann. Zu lange, um das Land bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu machen, sagt Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und will die Umsetzungszeit min-

„Die Bürgermeister sagen uns, dass sie nicht jedes Mal vor Ort über Grundsatzfragen debattieren wollen. Das ist ein berechtigtes Anliegen.“

Barbara Bosch, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

Foto: dpa/
Guido Kirchner

destens halbieren. Dazu will die Koalition die Verfahren „grundlegend“ überdenken und hat dazu eigens eine Taskforce eingerichtet.

Eine Möglichkeit wäre, Windkraftanlagen im Bundesbaugesetz zu privilegieren. Das Land könnte dann, ähnlich wie beim Nationalpark, Standorte festlegen. Ein Bürgerentscheid in der Kommune gegen die Anlage wäre nicht mehr möglich. Wohl aber auf Landesebene, wie Bosch betont.

Das birgt Konflikte. Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) versucht den Spagat zwischen schnellerer Genehmigung und Bürgerbeteiligung: „Wir brauchen für Projekte, die für den Klimaschutz besonders wichtig sind, einen Fast Track“, sagt er. Eine angemessene Beteiligung der Bürger müsse jedoch sichergestellt sein. Er teilt die Auffassung von Bosch: „Frühe Beteiligung hilft, Verfahren zu beschleunigen.“

Jutta Niemann, die energiepolitische Sprecherin der Landtagsgrünen, betont, der Eingriff in die Planungshoheit der Kommunen, „wäre eine der letzten Optionen für den Ausbau von Windkraft“.

Kommentar

Kommentar

Beteiligung nicht ausgeschlossen

Zentrale Entscheidungen über Maßnahmen zum Klimaschutz sind sinnvoll. Aber nicht ohne die Bürger.

VON RENATE ALLGÖWER

Die grün-schwarze Landesregierung ist in der Zwischmühle – besonders der grüne Teil der Koalition. Man will das Land bis 2040 klimaneutral machen und schreibt Bürgerbeteiligung groß. Gehörtwerden braucht aber viel Zeit, wenn die Bürger anderer Ansicht sind als die Regierung. Aber die Genehmigung beispielsweise von Windkraftanlagen dauert viel zu lange. Werden die Verfahren nicht dramatisch beschleunigt, wird es nichts mit der Klimaneutralität in 19 Jahren.

Jetzt zu überlegen, ob nicht das Land solche Verfahren an sich ziehen sollte, ist nachvollziehbar. Die Bedenken sind überwiegend gleich. Es muss nicht jede Kommune, die als Standort infrage kommt, darüber debattieren, ob der Rotmilan in besonderer Gefahr schwebt, wie es sich mit Naturschutz und Windkraft verhält, mit dem Ergebnis, dass das Verfahren in der Nachbargemeinde mit den gleichen Argumenten von vorne losgeht.

Die Verfahren zu zentralisieren bedeutet nicht, die Bürgerbeteiligung auszuhebeln. Bürgerentscheide bleiben möglich. Aber auf Landesebene, einmal und nicht immer wiederkehrend auf Gemeindeebene. Das mag die betroffenen Gemeinden ärgern, aber das Sankt-Florian-Prinzip – überall, nur nicht bei uns – hilft in der Klimakrise nicht weiter. Vielversprechender klingt die Ankündigung der Staatsrätin für Bürgerbeteiligung, Barbara Bosch, Bürger früh durch Foren in die Planungen einzubeziehen. So könnte mancher Konflikt vermieden werden.

Otto gendert – und verärgert Kunden

Weil der Konzern Otto auf Twitter das Gendersternchen verwendet, wollen einige dort nicht mehr bestellen.

STUTTGART. Der Versandhändler Otto hat in einer Ankündigung beim Kurznachrichtendienst Twitter für eine neue Folge seines Podcasts „O-Ton“ von „Kolleg*innen“ geschrieben. Das Gendersternchen hat einige Nutzer so verärgert, dass sie zum Boykott des Unternehmens aufgerufen haben. Ein Twitter-Nutzer schrieb: „Wer gendert, kriegt keine Bestellung. So einfach ist das und Amazon freut sich.“ Weitere Nutzer teilten mit, nicht mehr bei Otto bestellen zu wollen.

„Wir sind überrascht von der Kritik“, sagte ein Unternehmenssprecher dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Und weiter: „Es ist jedem freigestellt, wie er das findet.“ Dem Sprecher zufolge war der Otto-Konzern eines der ersten größeren Unternehmen, das sich für gendergerechte Sprache einsetzte. fid

Die Girocard kostet immer häufiger Gebühren

Bei einigen Direktbanken wird die bislang kostenlose Girocard zum Auslaufmodell.

FRANKFURT/MAIN. Die kostenlose Girocard war einmal: Nicht nur ein Teil der klassischen Geschäftsbanken und Sparkassen verlangte für die beliebte Zahlungskarte eine Gebühr, sondern auch immer mehr Direktbanken in Deutschland. ING Deutschland, DKB-Bank und Co. setzen auf die Visa-Zahlungskarte (Visa Debitcard), die sie kostenlos anbieten, und argumentieren mit geänderten Bedürfnissen ihrer Kundinnen und Kunden. So verlangt etwa die ING Deutschland von Anfang März 2022 an für die Girocard 0,99 Euro pro Monat, wie das Institut am Mittwoch auf Anfrage mitteilte. Die Zahlungskarte von Visa bleibt dagegen kostenfrei.

Die in Deutschland beliebte Girocard kostet dagegen künftig Geld. Für Neukunden gilt dies bei der Eröffnung eines Girokontos von Anfang April an. Bestandskunden müssen der Änderung zustimmen. „Vor dem Hintergrund des BGH-Urteils

werden wir im Zuge dessen auch ihre Zustimmung zu Änderungen aus der Vergangenheit einholen“, teilte das Institut mit. Die Karlsruher Richter hatten im Frühjahr entschieden, dass Kreditinstitute bei Änderungen von Allgemeinen Geschäftsbedingungen die Zustimmung ihrer Kunden einholen müssen.

Unter Druck gerät die Girocard, von der es in Deutschland rund 100 Millionen Stück gibt, auch aus einer anderen Richtung. Ab 1. Juli 2023 dürfen nach einer Entscheidung des US-Kartennriens Mastercard keine Maestro-fähigen Girokarten mehr ausgegeben werden, die den Einsatz der Zahlungskarte im Ausland ermöglichen. Die Deutsche Kreditwirtschaft versichert, Banken und Sparkassen könnten auch nach dem Wegfall des Maestro-Systems gewährleisten, dass ihre Kunden die Girocard im Ausland weiter nutzen könnten. dpa

Richter im Land fällen weniger Urteile

STUTTGART. Die Coronapandemie hat ihre Spuren auch im Alltag der baden-württembergischen Gerichte hinterlassen. Wegen des Lockdowns im vergangenen Jahr sind nach Angaben des Statistischen Landesamtes im Jahr 2020 im Südwesten 103 800 Personen verurteilt worden, das sind fast 6100 weniger als im Jahr 2019. Vor Ausbruch der Pandemie sei die Zahl der Urteile dagegen gestiegen, sagte die Präsidentin des Amtes, Anke Rigbers.

Überdurchschnittlich deutlich ging die Zahl der Urteile gegen Jugendliche zwischen 14 und unter 18 Jahren zurück (minus 16 Prozent), bei den Heranwachsenden im Alter von 18 bis unter 21 Jahren waren es 10,4 Prozent weniger Schuldsprüche. dpa